

Es gilt das gesprochene Wort!

Landtag Mecklenburg-Vorpommern  
Fraktion DIE LINKE

24.03.2023

MdL Henning Foerster

TOP 37

Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

**Greenwashing beenden – Grüne Gewerbegebiete konsequent klimafreundlich und nachhaltig gestalten**

- Drucksache 8/1925 –

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren,

über den vorliegenden Antrag habe ich mich ehrlich gesagt geärgert. Und deshalb habe ich meinen Referenten gebeten, in Vorbereitung auf diese Debatte mal zu recherchieren, was denn in den Bundesländern mit grüner Regierungsbeteiligung zum Thema Grüne Gewerbegebiete so läuft. Denn ganz ehrlich, ich dachte mir, meine Güte, wenn die Kolleginnen und Kollegen der Grünen hier im Landtag so auf den Putz hauen, sogar von „Greenwashing“ sprechen und dann auch noch fordern die Kriterien für ein Grünes Gewerbegebiet in der im Antrag beschriebenen Art zu verschärfen, dann müsste es doch massenhaft Praxisbeispiele dafür geben, wie man es in diesem Sinne besser machen kann. Denn warum soll man die Welt immer neu erfinden, wenn es anderswo schon sehr gut funktioniert und man diese Erfahrungen bildlich gesprochen per copy and paste auf unser Land übertragen könnte? Doch weit gefehlt. Unsere Recherchen waren ernüchternd. Denn in besagten Ländern herrscht diesbezüglich tote Hose. Es gibt lediglich hier und da einige Pilotprojekte. Allerdings sind die Anforderungen an ein Grünes Gewerbegebiet dort nicht annähernd so hoch, wie sie jetzt mit dem vorliegenden Antrag für unser Land festgeschrieben werden sollen. Natürlich haben wir Ihren Antragsentwurf auch im fachlich zuständigen, gemeinsamen Arbeitskreis von SPD und Linke besprochen. Wir haben auch das Ministerium dazu gehört.

Die Essenz ist, dass bei Umsetzung Ihrer Anforderungen die Gefahr besteht, dass wir in Sachen Grüne Gewerbegebiete in naher Zukunft kein Stück weiterkommen. Derzeit gibt es drei in unserem Land. Grevesmühlen Nordwest, Hagenow Stegener Chaussee sowie den Industrie- und Gewerbepark Parchim. Basiskriterien sind die Produktion von und die Versorgung mit regenerativer Energie, der Ausbau des Energiemanagements, die Erhöhung der Energieeffizienz bei den angesiedelten Unternehmen sowie Informationsveranstaltungen, Beratungsangebote oder Diskussionsrunden.

Dazu kommen dann noch Zusatzqualifikationen in den Bereichen Synergien und Ressourceneffizienz, Mobilität, Innovation und Nachhaltiges Flächenmanagement. Berücksichtigt werden hierbei insbesondere zukunftsweisende Ansätze, die auf eine Kopplung der Sektoren Strom, Wärme und Verkehr setzen oder die Arbeits- und Produktionsprozesse der angesiedelten Unternehmen im Sinne einer industriellen Symbiose aufeinander abstimmen.

Ich persönlich finde, das ist schon eine ganze Menge. Zu Ihrem Antrag sage ich folglich, schön populistisch und wenig hilfreich in der Sache. Eine markige Überschrift, dazu das Schlechtreden bisheriger Initiativen und schließlich das Aufstellen schwer erreichbarer Anforderungen. Offenbar die drei Zutaten eines grünen Antrags, in der Hoffnung, es mal wieder in die Medien zu schaffen.

Deshalb noch mal für Sie folgende Feststellung. Mecklenburg-Vorpommern hat ein standardisiertes Verfahren mit festen Kriterien. Wir haben uns also auf den Weg gemacht. Wenn wir Ihren Ansatz hernehmen, dann hat sich das Thema erledigt. Denn kaum ein Gewerbegebiet würde als grün eingestuft werden können, wenn die Hürden derart hoch sind. Dass Ihr Vorschlag offenbar nicht wirklich umsetzbar ist, zeigt sich für mich auch daran, dass Ihre Kolleginnen und Kollegen in anderen Bundesländern bisher sehr zurückhaltend mit dem Thema umgehen.

Meine Damen und Herren von den Grünen,

dass ich mit meiner Meinung zum eingeschlagenen Weg in unserem Land nicht allein dastehe, möchte ich mittels einer Studie der NORD/LB aus dem Jahr 2021 zum Thema grüne Gewerbegebiete belegen. Dort heißt es, ich zitiere: „Da aber auf der anderen Seite das Ziel der Klimaneutralität steht und auch gesellschaftlich akzeptiert ist, ist zu überlegen, inwieweit die Konzipierung und Umsetzung grüner Gewerbegebiete beschleunigt werden kann. Dazu kann aus unserer Sicht vor allem eine Standardisierung auf Basis von Ausstattungsmerkmalen und Prüfkriterien beitragen. In diesem Kontext kommt vor allem dem G3 -Label in Mecklenburg-Vorpommern eine Vorreiterrolle zu. Vor diesem Hintergrund regen wir an, dass ein solcher Ansatz auch auf bundesdeutscher Ebene eingeführt wird. Dann würde sich zudem die potenzielle Gefahr eines Greenwashing deutlich reduzieren, da Standards unter Berücksichtigung der Klimaziele vorhanden sind, an denen sich Kommunen, Unternehmen und andere orientieren können.“

Das ist der Blick von außen. Nix „Greenwashing“, das Gegenteil ist der Fall. Vielleicht lesen Sie diese Studie auch einmal und kommen anschließend ein Stück von Ihren Maximalforderungen runter. Und am Ende möchte ich nur einmal darauf hinweisen, dass sich gerade die Bündnisgrünen mit solchen hanebüchenen Unterstellungen, die Landesregierung betreibe Greenwashing, zurückhalten sollten. Wer von Bitcoin-Spekulanten, Kunststoff-Dynastien oder Pharmariesen ohne jeden Skrupel Geld einsteckt, der sitzt in einem so dünnen Glashauss, das eigentlich ein Husten reicht, um es zum Einsturz zu bringen. Zusammengefasst: Die „Greenwashing“ Vorwürfe sind Quatsch, den Antrag lehnen wir ab.

Danke für die Aufmerksamkeit.